Mit „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „ULK", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20 RM monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Gestattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 3440—3462, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 524. Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49. Filialen: Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1—4; Breitenwalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 155; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kaiserstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslauer Schweidnitzer Str. 21/22; Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönenweide: Prüdenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 314
Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang
Mittwoch, 6. Juli 1927

Schulgesetz und Zölle.

Widerstand gegen Septembertagung.

Die Arbeiten des Reichstags.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, ist man in den Kreisen der Reichsregierung von dem Wunsch des Zentrums und der Deutschnationalen, Ende September oder Anfang Oktober zur Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes eine Sondertagung des Reichstags abzuhalten, nicht gerade begeistert. Man bezweifelt, daß dann ein beratungsfähiges Haus zusammenzubringen ist. In den Kreisen des Reichskabinetts sähe man es lieber, wenn der Reichstag noch eine Woche länger zusammen bliebe, um sowohl den Reichsschulgesetzentwurf als auch das Liquidationsschädengesetz in erster Lesung zu beraten. Man möchte vor allem gern vor dem Auseinandergehen des Reichstags die unter den Liquidationsgeschädigten entstandene und durchaus begründete Aufregung beschwichtigen und durch eine Geste Beruhigung schaffen, besonders nachdem die demokratische Reichstagsfraktion in einer besonderen Interpellation die Verschleppungstaktik der Reichsregierung aufgedeckt hat. Es wäre das aber nur eine Geste, da nach Lage der Dinge nur noch die Ueberweisung an den Ausschuß erfolgen könnte, die Ausschußberatungen aber erst nach den großen Ferien beginnen würden.

Das **Reichskabinett** trat gestern nachmittag um 4 Uhr zusammen. Beraten wurden, wie wir hören, nur die Grundlinien des **Reichsschulgesetzentwurfs.** Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Das Kabinett wird sich voraussichtlich noch in mehreren Sitzungen mit dem Reichsschulgesetz beschäftigen. Es wird daher noch einige Zeit dauern, bis der Entwurf an den Reichsrat gehen kann. Wie wir weiter hören, sollen die beiden Minister der Deutschen Volkspartei, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, erklärt haben, daß sie nach Fertigstellung des Entwurfs keine Einwendungen dagegen erheben würden, daß er durch Mehrheitsbeschluß des Reichskabinetts an den Reichsrat geht, daß sie sich jedoch ihre endgültige Stellungnahme für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten müßten. Das Zentrum soll eher als die Deutschnationalen geneigt sein, den Wünschen der Deutschen Volkspartei entgegenzukommen. Aber alles ist noch im Fluß, und es kann noch nicht gesagt werden, wann der Entwurf so weit gediehen ist, daß er der Oeffentlichkeit übergeben werden kann.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien hat sich gestern noch einmal mit der **Zolltarifnovelle** befaßt. Wie wir hören, wurde beschlossen, keine Abänderungsanträge einzubringen. Danach haben sich also die Deutschnationalen trotz des Geschreies des Reichslandbundes und seiner Organisationen mit der Regierungsvorlage abgefunden. Die Verhandlungen des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags über die Zolltarifnovelle begannen am heutigen Vormittag 10 Uhr. Wie wir hören, beabsichtigen die Regierungsparteien ähnlich wie bei der ersten Beratung im Plenum, auch bei der Beratung im Handelspolitischen Ausschuß sich möglichst passiv zu verhalten, und nur, wenn es dringend notwendig erscheint, in die Besprechung einzugreifen. Die Regierungsparteien wollen damit auf alle Fälle **eine möglichst rasche Verabschiedung** der Zolltarifnovelle ermöglichen, um bis Sonnabend die Beratung im Plenum des Reichstags in zweiter und dritter Lesung zu Ende führen zu können. Demgegenüber beabsichtigen die Oppositionsparteien von der Aussprache im Ausschuß ausgiebigen Gebrauch zu machen und die einzelnen Punkte der Vorlage sowie die Anträge einer genauen Prüfung und Besprechung zu unterziehen.

(Sitzungsbericht des Reichstags siehe 1. Beilage, Seite 2.)

Um die Erhöhung der Postgebühren.

Neue Versuche hinter den Kulissen.

Obwohl die Vorlage des Reichspostministers über Erhöhung der Postgebühren so kläglich gescheitert ist, werden die Versuche hinter den Kulissen fortgesetzt. Der Reichspostminister hat mit dem interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien neu verhandelt. Angeblich will man das Porto für Briefe auf 15 Pfennig, für Postkarten auf 10 Pfennig und für Drucksachen auf 5 Pfennig erhöhen und nur die Werbepostkarten im Geschäftsverkehr von einer Erhöhung verschonen. Das Reichspostministerium, das in der letzten Zeit die Politik vorsichtigen Schweigens beobachtet, erklärt dazu, daß noch keine festen Vorschläge über die Gestaltung der Gebührenvorlage gemacht worden seien, und daß man sich mir über die Art, wie und wann die Vorlage einzubringen sei, also im wesentlichen nur über die taktische Behandlung, ausgesprochen habe. Der Postminister täte besser daran, den unglücklichen Gedanken der Portoverteuerung fallen zu lassen und durch kaufmännische Gestaltung des Postbetriebes die Einnahmen der Post zu erhöhen.

Die Stellung der demokratischen Beamten.

Gegen die Besoldungsverschleppung.

Der Groß-Berliner Beamtenausschuß der Deutschen demokratischen Partei nahm dieser Tage zur Beamtenbesoldungsfrage Stellung. Er gab seiner Entrüstung über die weitere Hinauszögerung Ausdruck und verlangte von der demokratischen Reichstagsfraktion, daß sie angesichts der Notlage der Beamten alles versuche um eine frühere Regelung zu erreichen. Mindestens müsse vom 1. Juli beginnend eine monatlich laufende Abschlagszahlung auf die kommende Neuregelung gewährt werden. — Das verabschiedete Polizeibeamtengesetz konnte nicht den Beifall der demokratischen Beamten finden. Es sei noch weit entfernt vom demokratischen freiheitlichen Geiste. Die Vertagung der Verabschiedung des Reichsdisziplinargesetzes auf den Herbst liege in der weiteren Richtung der Bestrebungen, den Beamten eine wirklich freiheitliche Gestaltung ihrer Rechte vorzuenthalten.

Der Kampf um den Verfassungstag.

11. August. — 28. Juni. — 18. Januar. — 1. Mai.

Von

Dr. Ernst Feder.

Es ist ein unerquicklicher, man kann sagen ein unwürdiger Kampf, der jetzt um den deutschen Verfassungstag im deutschen Parlament ausgefochten wird. Demokraten und Sozialdemokraten haben den Antrag gestellt, daß künftig der 11. August kraft Gesetzes, wie es tatsächlich schon bisher geschah, als Nationalfeiertag des deutschen Volkes begangen wird. Gestern hatte der Rechtsausschuß sich mit dem Antrag zu beschäftigen. Wie verhalten sich die Parteien zu dem selbstverständlichen Verlangen? Den Deutschnationalen paßt die ganze Richtung nicht. Sie fordern Vertagung. Die Deutsche Volkspartei, die sich der eigenen Willensmeinung schon längst begeben hat, stimmt dem natürlich zu. Die Rechtsparteien bleiben in der Minderheit. Man verhandelt. Das Zentrum bringt einen eigenen Antrag ein. Nicht der 11. August, sondern der erste Sonntag nach dem 11. August soll Feiertag sein. Der volksparteiliche Redner, Professor Kahl, der die Achtung aller Parteien besitzt und seiner Partei gegenüber schon mehrfach eine erfreuliche Selbständigkeit bewiesen hat, ist für seine Person bereit, den 11. August als Verfassungstag anzuerkennen, aber nur, wenn der volksparteiliche Antrag angenommen wird, daß der 18. Januar als Reichsgründungstag gefeiert wird. Die Deutschnationalen, um zu verschleppen, fordern zunächst einmal weiteres Material und verlangen dann, daß der 28. Juni, an dem der Versailler Vertrag unterzeichnet wurde, als Volkstrauertag begangen wird. Die Kommunisten stellen einen Antrag für den 1. Mai, und der Vertreter Bayerns erhebt Widerspruch, weil ein solches Gesetz verfassungsändernd sei und weil es gegen die Zusage verstoße, daß die Reichsregierung neue Zuständigkeiten nicht an sich ziehen wolle. Der 11. August, der 28. Juni, der 18. Januar, der 1. Mai — zur Nation euch zu bilden, ihr sucht es, Deutsche, vergebens . . .

Als einmal die Gesetzesvorlage eines Ministeriums an das Nachbarministerium gelangte, fragte der zuständige Ministerialdirektor den Minister, was er machen solle. Der von Ressorteifersucht erfüllte Chef erwiderte: „Schwierigkeiten!" An das Wort muß man denken, wenn man auf das Durcheinander blickt, das der einfache, klare und selbstverständliche demokratisch-sozialistische Antrag im Reichstag hervorgerufen hat. Kein Zeitpunkt war so geeignet, wie der jetzige, den bisherigen tatsächlichen Zustand, unter dem jede Reichsregierung, auch die mit Deutschnationalen besetzte, den Verfassungstag feierlich beging, durch ein Gesetz endgültig zu befestigen. Endlich hat das Weimarer Werk, früher von großen Parteien, auch von Länderregierungen heftig befehdet, sich die allgemeine Anerkennung erzwungen. Die von den Deutschnationalen gebilligte Erklärung, die vor fünf Monaten Marx im Reichstag abgab, bezeugt feierlich die Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform und den festen Willen der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre der Verfassung mit Tatkraft einzutreten. Es wäre eine anerkennenswerte Geste der Reichsregierung gewesen, hätte sie, mit ausdrücklicher Billigung der deutschnationalen Minister, den Nationalfeiertag des 11. August von der Volksversammlung verlangt.

Professor Hans Delbrück, der sich selbst zu den Vorkämpfern der Republik zählt, hat der Schaffung des Verfassungstages widersprochen, weil die Einführung der republikanischen Verfassung bei einem großen Teil des deutschen Volkes schmerzliche Erinnerungen wecke. Wir begreifen den sonst hochverdienten Historiker gerade vom historischen Standpunkte aus nicht. Schmerzliche Erinnerungen? Wirklich? Und gerade der 11. August? Welchen Deutschen muß nicht mit Stolz der Gedanke erfüllen, daß nach einer beispiellosen Katastrophe, wie sie das deutsche Volk gewiß nicht verdient hat, nach dem kampflosen Zusammenbruch der alten Verfassung sogleich eine Konstituante zum Bau des neuen Hauses berufen wurde, daß in kürzester Frist, zum erstenmal in der tausendjährigen deutschen Geschichte, alle deutschen Männer und Frauen an einem Tage zusammentraten, um die Baumeister des neuen Werks zu bestimmen, und daß dann diese Versammlung in wenigen Monaten, unter lebengefährdender Bedrohung von drinnen und draußen, die erste freie deutsche Volksverfassung schuf. Mit Fehlern behaftet — wie jedes Menschenwerk. Aber doch eine dauerhafte Schöpfung, die die deutsche Einheit wahrte und Oesterreich, dem man bei der Reichsgründung die Tür sperrte, den Eingang offen ließ. Schmerzliche Erinnerungen? Vielleicht für den radikalen Sozialismus, in dessen Hand der Umsturz die Macht gelegt hatte und dem das vollendete Verfassungswerk sie endgültig nahm. Gewiß nicht für die große Mehrheit des Volkes, das keine Klassenherrschaft von rechts oder links, sondern den allen gemeinsamen Volks- und Rechtsstaat will.

Französische Beschwerde in Rom.

Die Schießübungen an der savoyischen Grenze.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 5. Juli.

Der französische Botschafter in Rom, Besnard, hat den Auftrag erhalten, **der italienischen Regierung mitzuteilen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich durch die Ereignisse an der italienischen Grenze auf dem Mont Cenis erregt worden ist.** Es handelt sich um die von der Presse scharf kritisierten Schießübungen italienischer Gebirgsbatterien an der Grenze in Savoyen, durch welche die französische Grenzbevölkerung sehr belästigt werde. Betroffen sind einige Grenzgemeinden auf dem Mont Cenis, deren politische Lage durch den französisch-italienischen Vertrag von 1861 klar definiert ist. Sie werden zu Frankreich gerechnet und können deshalb auch für die Ländereien, die sich stellenweise über die italienische Grenze hinüberziehen, den Schutz des französischen Gesetzes geltend machen. Eines dieser Bergdörfer mußte am Montag, 27. Juni, auf Befehl italienischer Offiziere geräumt werden, weil die italienische Heeresleitung Schießübungen auf dem Plateau des Mont Cenis angeordnet hatte. Die Leute mußten ihre Kranken und Kinder innerhalb eines Zeitraumes von zwei Stunden auf einem entfernten Abhang unterbringen und dort in Schnee und Regen abwarten, bis das Manöver zu Ende war. Ueber diesen Vorfall hat sich der Bürgermeister von Lans le Bourg bei dem Präfekten von Savoyen und dem italienischen Kommandeur beschwert, aber erfolglos. Unterdessen hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Zwei italienische Arbeiter, die sich auf französischem Gebiet, etwa 200 Meter von der Grenze entfernt, befanden, wurden von einem italienischen Soldaten angeschossen. Französische Beamte haben sich nach dem Tatort begeben, um die Angelegenheit zu untersuchen, die unter der dortigen Bevölkerung große Erregung hervorgerufen hat.

Italo Balbos Besuch in Berlin.

Die Frage der Luftverbindung Rom—Berlin.

Der Staatssekretär im italienischen Luftministerium, Italo Balbo, wird heute nachmittag in einem von ihm selbst gesteuerten Flugzeug im Tempelhofer Flughafen eintreffen und von Geheimrat Forster und Ministerialrat Brandenburg im Namen des Auswärtigen Amtes beziehungsweise des Reichsverkehrsministeriums begrüßt werden. Staatssekretär Balbo gehört zur jungen Garde des Faschismus; trotz seiner 33 Jahre spielt er in Rom eine einflußreiche Rolle. Sein Besuch ist kein Zweckbesuch. Balbo hat an dem großen Flugfest in Hendon bei London teilgenommen und fliegt Berlin auf der Heimfahrt einfach an. Doch dürfte immerhin im gegenseitigen Gedankenaustausch die Möglichkeit erwogen werden, die deutsch-italienische Linie Berlin—München—Mailand—Rom in absehbarer Zeit nach denselben Richtlinien zu eröffnen, die im Luftverkehr Deutschlands mit England, Skandinavien, Frankreich und einigen mitteleuropäischen Staaten in Geltung sind. Die vier Probeflüge München—Mailand, die von deutscher Seite mit einem Rohrbach-Flugzeug unternommen worden sind, haben befriedigende Ergebnisse gezeitigt, und die Ueberwindung noch bemerkbarer technischer Schwierigkeiten der regelmäßigen Alpenüberfliegung steht außer Frage. Die Zeit, da man in 14 Stunden von Berlin nach Rom zur Luft reist, dürfte nicht mehr fern sein. Zur Zeit liegt aber noch kein Vorschlag einer italienischen Luftverkehrsgesellschaft vor, der der praktischen Unterstützung der Regierung in Rom sicher wäre.